



ISSN 1019-0287

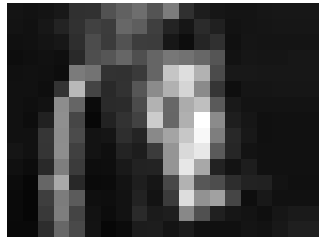
Preis 1,49 €

11. Juli 2003

erscheint freitags

11/7 - 20/7/2003

(film/theatre/concert/events)



# Tödliche Freiheit



*Etwa 40.000 Menschen sterben jährlich auf europäischen Straßen. Im Autofahrerparadies Luxemburg stieg die Zahl der Verkehrstoten im Juni sprunghaft an - trotz Punktführerschein, zahlreicher Präventionsmaßnahmen und mehr Polizeikontrollen. ExpertInnen fordern unter anderem eine Mentalitätsänderung.*

**aktuell, Seite 8**

(Foto: Archiv )

## TERRORISMUS

**Das neue Terrorismusgesetz erreicht als politisches Signal wohl weniger Bin Laden & Co als die kritische Opposition im eigenen Land.**

Er habe den Eindruck, viele von denen, die in den vergangenen Tagen in die Debatte zur Terrorismusbekämpfung eingriffen, hätten die Opfer des 11. Septembers vergessen, meinte Justizminister Luc Frieden (CSV) am Dienstag vor dem Parlament. Und verfiel mit dieser Aussage sogleich in jenen Dichotomismus, der in der Debatte um die politische Antwort auf den Terrorismus so gerne benutzt wird. Wer die Mittel in Frage stellt, mit denen dieser Form von Kriminalität in Europa und nun auch in Luxemburg begegnet werden soll, stellt sich quasi schon auf die Seite des organisierten Terrors.

Damit bestätigte Frieden nur den Eindruck, dass es zwei Jahre nach dem Attentat auf das World Trade Center weiterhin nicht möglich ist, sachlich über die Wahl der Anti-Terror-Maßnahmen zu diskutieren. Im Gegenteil: Jene Entschei-

dungen, die damals als "politisches Signal" von den EU-Mitgliedstaaten festgehalten worden waren, stehen nun ganz konkret zur Umsetzung an. Der Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung wurde diese Woche in Luxemburger Recht umgesetzt, jener über den europäischen Haftbefehl steht noch aus. Kritische Nachfragen, ob angesichts des Terror-Anschlags im Herbst 2001 mit seiner neuen Größenordnung die richtigen politischen Signale gesendet wurden, werden weiterhin als ketzerisch eingestuft.

Beide Umsetzungstexte müssen hier zu Lande in engem Zusammenhang mit dem Gesetzesprojekt zur Legalisierung des seit Jahrzehnten existierenden Spitzeldienstes betrachtet werden. Und sie sind zugleich die Fortsetzung einer schwarz-blauen Politik, die sich einerseits durch eine schärfere Gangart in der

Praxis (Operation Milano und andere Ausweisungen, Findel-Episode mit ihrem gerichtlichen Nachspiel, Razzien in islamistischen Kreisen, hartes Eingreifen bei Straßendemonstrationen), andererseits durch Vorstöße auf Gesetzesebene (Lex Greenpeace) äußert.

Dass sich in diesem neuen Klima kritische Stimmen äußern, ist nur natürlich, für Luxemburg aber vielleicht gar nicht so selbstverständlich. Die Einführung einer Terrorismusgesetzgebung hätte in anderen Mitgliedsstaaten der Union vielleicht für mehr Reaktionen gesorgt, als das bei uns der Fall ist. Der jahrzehntelangen relativen Zurückhaltung von Ordnungskräften und Gerichtsbarkeit in den Bereichen, welche das Recht auf freie Meinungsäußerung tangieren, entspricht in Luxemburg immer noch ein gewisser naiver Pragmatismus. Poli-

zeistaatliche Tendenzen werden im Kleinstaat, wo eh jeder jeden kennt, nicht wirklich ernst genommen.

Deshalb ist nicht nur der Protest von Gewerkschaften und Parteien wichtig und erfreulich. Positiv zu vermerken ist vor allem die spontane Reaktion der Jugendlichen, die vergangene Woche vor dem Parlamentsgebäude campierten und einen Hungerstreik gegen den Gesetzentwurf organisierten. Nachdem Premier Juncker sich anfangs noch ironisierend zu dieser Aktion geäußert hatte, gestand er mit seiner Einladung zum Gespräch am Dienstagmorgen implizit ein, dass dies ein taktischer Fehler gewesen war.

Ohne glorifizieren zu wollen, hat die Aktion der Jugendlichen doch das fertig gebracht, was die Politik verschlafen hatte: das Augenmerk der Presse und der Öffentlichkeit auf die Zweifelhaftheit des Terrorismusgesetzes zu lenken. Und sie aufmerksam zu machen auf die Gefahren, die auch auf der Insel der Meinungsfreiheit lauern. Die Schonzeit für Luxemburg ist vorbei.

## "Une vie normale"

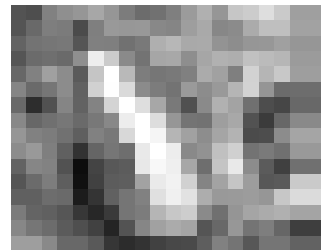
C'est le souhait le plus cher des adolescent-e-s palestinien-ne-s invité-e-s au Luxembourg pour trois semaines. Un projet qui combine éducation, loisirs et rencontres.

**dès woch, page 3**

## Endspurt

Nach dem positiven Gutachten des Staatsrates steht einem neuen Pressegesetz nichts mehr im Wege. Außer die Quertreiber aus der schwarzen Regierungspartei.

**dossier, Seite 4**



## Über sieben Brücken?

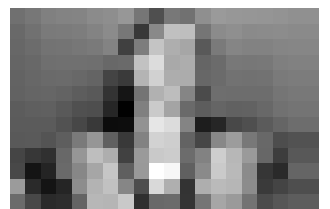
Für sie ist es wichtig, "Brücken zu bauen". Als Grenzgängerin zwischen den Kulturen hat die Sängerin Lila Downs Rassismus am eigenen Leib erfahren.

**magazine, Seite 9**

## Aura ... n'aura pas lieu

Ce qui devait être un article pépère sur le "Festival des Vieilles Charrues" a fini par tourner autour de la grève des intermittent-e-s du spectacle en France.

**voices, page 10**



Preis: 1,49 €



Ein Kommentar von  
Renée Wagener